damalige Chefredakteur des „Sonntag“, *Heinz Zöger*, und sein Stellvertreter *Gustav Just*, sowie der Rundfunkkommentator *Richard Wolf* hatten sich 1956 nach der 3. Parteikonferenz der SED Gedanken über eine politische Konzeption gemacht, die als Alternative zur offiziellen Linie der Partei eine innere Erneuerung der SED und eine Demokratisierung der SBZ anstrebte. Ihr Programm, das *Harich* Ende November 1956 schriftlich entwarf, forderte u. a. die Gewährleistung demokratischer Rechte und Freiheiten sowie die Wiederherstellung (?) der Souveränität des Parlaments in der Sowjetzone, die Auflösung des Staatssicherheitsdienstes und eine Reform der Justiz, eine weitgehende Entmachtung der Staats- und Wirtschaftsbürokratie und ihre Ersetzung durch demokratische Selbstverwaltungen und „Arbeiterräte“ in der „volkseigenen“ Industrie, die Auflösung aller unrentablen oder nicht auf freiwilligem Zusammenschluß beruhenden Kollektivwirtschaften sowie eine Außenpolitik, die das Bündnis mit der Sowjetunion aufrechterhalten, aber auf den Grundsätzen der Unabhängigkeit und Gleichberechtigung basieren sollte. Von der Verwirklichung ihrer Konzeption versprach sich die *Harich*-Gruppe eine politische Entspannung der Lage in ganz Deutschland und eine innere Konsolidierung der „DDR“.

Taktisch orientierte sich die *Harich-Opposition* darauf, alle innerparteilichen Oppositionskräfte legal oder illegal zu sammeln und zusammenzufassen, sie gegebenenfalls auch mit anderen oppositionellen Strömungen in der Bevölkerung zu verbinden, die bestehende Kluft zwischen dem stalinistischen Regime und der mitteldeutschen Bevölkerung systematisch zu vertiefen, nach Möglichkeit jedoch einen Aufstand zu verhindern.

Nach dem „Polnischen Oktober“ und der Volkserhebung in Ungarn wurden *Harich*, *Her twig*, *Steinberger* und *Janka* Ende November/Anfang Dezember 1956 vom Staatssicherheitsdienst verhaftet. Vom 7. bis 9. März 1957 hatten sich *Harich*, *Her twig* und *Steinberger* vor dem „Obersten Gericht“ der SBZ in Ost-Berlin zu verantworten; sie wurden zu Zuchthausstrafen zwischen zehn und zwei Jahren verurteilt. In der umfangreichen Urteilsbegründung hieß es u. a.: „Das Bestreben *Harichs* ging dahin, eine Änderung der gesamten Politik der Deutschen Demokratischen Republik zu erreichen. Unter Berufung auf mißverständene Ergebnisse des XX. Parteitages der KPdSU erklärte er, es sei ein besonderer deutscher Weg zum Sozialismus erforderlich. Im Laufe des Sommers verdichteten sich seine Vorstellungen über diesen besonderen deutschen Weg zu bestimmten konkreten Forderungen. Nunmehr stellte er bei den Diskussionen, die er in erster Linie in der Betriebsparteiorganisation des Aufbauverlages und in der Redaktion des ‚Sonntag‘ führte, diese Forderungen in den Mittelpunkt. . . Die ständigen Forderungen und